Beschluss der Mitgliederversammlung des SPD OV St. Johann vom 13.2.2020

**Richtlinie des PV für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom 10.2.2020**

Der Parteivorstand hat am 10.2.2020 eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD beschlossen. Zum ersten Mal sind die Jusos nicht Gegenstand dieser Richtlinie. Da die Richtlinie mit erheblichen Einschnitten für die betroffenen Arbeitsgemeinschaften verbunden ist, stellt diese eine Herabwürdigung von ASF, AfA, 60plus, AfB, AsJ, AGS, ASG, SPD Queer, AfB. AG Migration und Selbst Aktiv dar.

Dass nach den vorangegangenen Wahlergebnissen auf allen Ebenen der Partei - auch bei den Arbeitsgemeinschaften Einsparpotentiale gehoben werden müssen, bestreitet niemand. Allerdings müssen die Lasten auch fair verteilt werden und dürfen nicht zu einer existentiellen Gefährdung der jeweiligen Gliederungen führen.

Die jetzige Änderung der Richtlinien ist der wiederholte Versuch, (politisch unliebsamen) Teilen der Partei die Arbeitsgrundlage zu entziehen und einen überproportional hohen Einsparbeitrag abzufordern, während die Größe des Parteitages (600 Delegierte) und des Parteikonvents (150 Delegierte) unangetastet bleiben, für neue Logos u.v.a.m. genügend Geld vorhanden ist - bis hin zu Gehältern für den Generalsekretär, den Schatzmeister und die Parteivorsitzenden.

Seit Jahren müssen die Arbeitsgemeinschaften viel Kraft und Zeit aufwenden, um ihre Arbeitsgrundlagen zu sichern. Immer wieder wird von oben herab anstatt gemeinsam mit den Betroffenen entschieden, wie die Rahmenbedingungen für die Arbeitsgemeinschaften auszusehen haben. Die Arbeitsgemeinschaften sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit, sie lehnen es aber ab, Rahmenbedingungen zu akzeptieren, die von Menschen erfunden worden sind, die offenbar noch nie eine Arbeitsgemeinschaft von innen gesehen haben.

Gerade die Arbeitsgemeinschaften werden getragen von ehrenamtlicher Arbeit. Auf Bundesebene und in vielen Landesverbänden gibt es seit Jahren keinerlei inhaltliche Zuarbeit durch Hauptamtliche. Trotzdem engagieren sich viele Genossinnen und Genossen in den Arbeitsgemeinschaften und entwickeln mit ihrem Engagement die Positionen in der SPD weiter und tragen diese in die Zivilgesellschaft, engagieren sich in Wahlkämpfen und in Verbänden der Zivilgesellschaft auf allen Ebnen wie z.B. im Deutschen Frauenrat (ASF), BAGSO (60plus) oder in regionalen und lokalen Bündnissen der Zivilgesellschaft.

Die Richtlinie, die der PV beschlossen hat und vor allem wie sie zustande gekommen ist, ist ein gravierender Fehler und offenbart einen Mangel an Transparenz und Beteiligungswillen. Keiner der organisationspolitischen Anträge die beim Parteitag aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnte, wurde berücksichtigt.

Wir fordern den Parteivorstand auf, diesen Fehler zu korrigieren und gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften Lösungen zu finden, die allen Arbeitsgemeinschaften die gleiche Wertschätzung entgegenbringen, die Arbeitsfähigkeit der AG’s sicherstellen und im Verhältnis zu anderen Einsparpotentialen einen fairen Einsparbeitrag der AG’s beinhalten.

Insbesondere müssen folgende Passagen der Richtlinie überarbeitet werden:

**Registrierung aktiver Mitglieder**

Eine Registrierung sog. "aktiver Mitglieder“ lehnen wir ab. Die Registrierung bringt keinen einzigen Vorteil, sondern bindet Kapazitäten, die dringend für die politische Arbeit benötigt werden. Die Adressierung und Information aller potenzieller Mitglieder ist nicht gesichert und wenn überhaupt nur mit einem hohen bürokratischen und finanziellen Zusatzaufwand möglich.

Der Delegiertenschlüssel für die Bundeskonferenzen wird für ASF und 60plus nach den bisherigen Kriterien berechnet.

**Spenden zugunsten der Arbeitsgemeinschaften**

Damit die Spendenbereitschaft durch ein Verfallen der Spende nach 2 Jahren nicht sinkt, müssen Spenden zugunsten einer Arbeitsgemeinschaft dieser unbefristet zur Verfügung stehen. Sparsames Verhalten darf nicht bestraft werden.

**Größe des Bundesvorstandes**

Die bisherigen Maximalgrößen werden beibehalten. Die Arbeitsgemeinschaften sollen im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel selbst entscheiden wie groß ihre Vorstände sein sollen.

**Bundesausschuss / Länderrat**

Eine Verkleinerung der Bundesvorstände und eine gleichzeitige Reduzierung der Anzahl der Bundesausschusssitzungen und der Neueinführung eines Länderrates verringern die politischen Teilhabemöglichkeiten weiter.

Anstelle von mindestens 4 Bundesausschusssitzungen innerhalb von 2 Jahren soll es künftig nur noch eine Bundesausschusssitzung geben und einen Länderrat, der zudem auch noch weniger Mitglieder hat. Das ist nicht akzeptabel. Die bisherige Regelung zu den Bundesausschussitzungen ist beizubehalten.

**Dauer und Ort der Bundeskonferenz**

Die Bundeskonferenzen der großen Arbeitsgemeinschaften fanden bisher an 3 Tagen statt - Beginn erster Tag 14-15 Uhr, 2. Tag ganztägig, 3. Tag Konferenzende 13 Uhr). Dies hat es vielen Delegationen ermöglicht am ersten Konferenztag anzureisen und am letzten Konferenztag wieder nach Hause zu kommen - es waren also nur 2 Übernachtungen für die Delegierten notwendig.

Wenn bei Begrenzung auf 2 Konferenztage das gleiche Arbeitspensum erledigt werden soll, muss man am ersten Konferenztag früh beginnen und am 2 Konferenztag spät aufhören. Das erfordert für fast alle Delegationen 3 statt 2 Übernachtungen. Viel Aufwand und Ärger für nichts!

Die Durchführung aller Bundeskonferenzen im WBH spart nicht zwangsläufig Kosten, da die internen Verrechnungspreise für Miete und Technik hoch sind.

Wir fordern, die bisherigen Regelungen für Dauer und Ort der Konferenz beizubehalten und innerhalb des vorhandenen Budgets Konsenslösungen mit den Arbeitsgemeinschaften zu finden.

**politische Arbeit**

Nachdem seit 2012 kein gesondertes Budget für die politische Arbeit der Arbeitsgemeinschaften mehr zur Verfügung gestellt wurde (eigene Veranstaltungen, Teilnahme an Aktionen z.B. internationaler Frauentag, Equal Pay Day, internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen um nur einige Aktionen der ASF zu nennen) und die Arbeitsgemeinschaften ihre Wünsche für Aktionen und Veranstaltungen bei der politische Abteilung anmelden mussten und im Rahmen der vorhandnen Finanzmittel durchgeführt werden konnten, sollen die AG’s aus ihrem ohnehin zu niedrigen Budget für die Gremienarbeit auch noch die politischen Aktionen finanzieren. Es ist offenkundig, dass diese Maßnahme allein dazu dient, die Existenz der Arbeitsgemeinschaften weiter in Frage zu stellen.

Wir fordern, die bisherige Regelung beizubehalten.